

Stabilitätsrat

Freundliches Fazit für Bremens Finanzen

Stabilitätsrat: Senat hat den Haushalt saniert – trotz Verschuldung aufgrund der Pandemie



Ende April vergangenen Jahres hat der Senat die Einrichtung eines 1,2 Milliarden Euro umfassenden Bremen-Fonds zur Bewältigung der Corona-Krise beschlossen, die Bürgerschaft stimmte im Sommer 2020 zu.

HANNES KOCH

Bremen. Erfolg mit Schleifspuren: Bremen hat seine Landesfinanzen saniert, obwohl der Stadtstaat 2020 eigentlich gegen die Regeln verstieß. Dieses widersprüchliche Ergebnis verkündete am Montag der Stabilitätsrat, der die gesamtstaatlichen Finanzen, darunter die von Bund und Ländern, regelmäßig auf Solidität untersucht. „Vor dem Hintergrund der besonderen Ausnahmesituation“ der Corona-Krise „hält der Stabilitätsrat die Verfehlung für zulässig“, erklärte der Rat.

Bremen steckte jahrelang in einem Sanierungsverfahren unter Aufsicht des Stabilitätsrates, weil seine Ausgaben viel höher waren als die Einnahmen. Das strukturelle Defizit konnte abgebaut und der Landeshaushalt 2020 eigentlich ausgeglichen werden. Doch dann kam Corona – und traf den gesamten Staat, nicht nur Bremen. So stellte der Stabilitätsrat nun fest, „dass das Sanierungsverfahren abgeschlossen wurde und nach einer vertieften Prüfung aktuell keine Haushaltsnotlage mehr droht“. Allerdings seien in den kommenden Jahren erhebliche Anstrengungen nötig, um diesen Erfolg zu bewahren.

„Bremen hat dank eigener Anstrengungen und günstiger Rahmenbedingungen sein strukturelles Finanzierungsdefizit um rund 1,25 Milliarden Euro gesenkt“, sagte Finanzsenator Dietmar Strehl (Grüne), „eine enorme Leistung, die auch durch die jährlichen 300 Millionen Euro Konsolidierungshilfe von Bund und Ländern honoriert wurde“.

Die Unterstützung von 300 Millionen Euro jährlich ist mittlerweile ausgelaufen. Nun erhält das Land 400 Millionen Euro pro Jahr an sogenannten Sanierungshilfen. Voraussetzung: Es darf keine Verschuldung stattfinden, die die Schuldenbremse in der Landesverfassung überschreitet.

„Wir brauchen eine progressive Finanzpolitik, die Kommunen finanziell deutlich besser ausstattet und Zukunftsinvestitionen ermöglicht“, sagte Sarah Ryglewski (SPD), Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesfinanzministerium. „Denn der Großteil der Investitionen in die Daseinsvorsorge und in gute Lebensbedingungen vor Ort wird in den Kommunen getätigt.“ Sie plädierte dafür, Städte und Gemeinden von ihren Altschulden zu befreien.

Das freundliche Fazit des Stabilitätsrates betrifft auch den Bremen-Fonds. Diesen hat der rot-grün-rote Senat im April 2020 eingerichtet. Er umfasst 1,2 Milliarden Euro, die über neue Schulden finanziert und über 30 Jahre zurückbezahlt werden sollen. Die Mittel sind nicht nur zur Überwindung der Corona-Krise gedacht, sondern auch, um nach Corona eine bessere Ausgangsposition für die kommenden Jahrzehnte zu schaffen. Trotz Schuldenbremse im Grundgesetz und in der Landesverfassung sind solche Kreditaufnahmen gestattet, wenn es beispielsweise zu Naturkatastrophen oder einer Pandemie kommt.

Wegen der Gesundheitskrise sieht der Stabilitätsrat auch für 2022 eine finanzielle Notlage. Das ermöglicht Bundesfinanzminister Olaf Scholz (SPD), für das kommende Jahr noch einmal eine Verschuldung von knapp 100 Milliarden Euro im Bundeshaushalt anzupeilen. 2021 nimmt er rund 240 Milliarden Euro an zusätzlichen Krediten auf.